



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/176 - 5. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Seebahn an der falschen Klagemauer</u> Des Bundesverkehrsministers Kritik an der Regierung, der er selbst angehört Von F.G. Ritzel, MdB	63
2 - 4	<u>Schöne Sprüche ersetzen keine Lebensmittel</u> Die Versorgungskrise in der Zone greift täglich weiter um sich Von Wolfgang Koch	158
5	<u>Begrüßt sie freudig - die "Polaris"!</u> Seelermassage mit Raketen in "Bulletin"	28
5	<u>Ein merkwürdiger Vorschlag</u> 1,-- DM "Entwicklungssteuer"	20
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten  <u>Frankfurt - Tradition und neues Leben</u> Von Oberbürgermeister Warner Bockelmann	77

\* \* \*

5. August 1960

Seeborn an der falschen Klagemauer

Des Bundesverkehrsministers Kritik an der Regierung,  
der er selbst angehört

Von H.G. Ritzel, MdB

Bundesverkehrsminister Dr. ing. Seeborn, der seit geraumer Zeit auf der Abschußliste gewisser CDU-Abgeordneter steht, hat im Zusammenhang mit einer Besichtigungsreise über deutsche Autobahnen und Bundesstraßen bewegliche Klage über den Mangel an für den Straßenbau ausreichenden Mitteln geführt und, wenn man Presseberichten folgt, behauptet, der Finanzminister sei an der mangelhaften Bereitstellung der erforderlichen Mittel schuld. Dr. Seeborn ist Mitglied des Kabinetts, das 1957 in seiner Regierungserklärung durch den Bundeskanzler die Erklärung abgegeben ließ:

"Die Bundesregierung kennt die Verkehrsnot der Städte und Gemeinden und wird daher die Straßenbaumittel so einsetzen, daß ein in allen Teilen leistungsfähiges Straßennetz entsteht".

Diese Regierung stützt sich auf eine absolute Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag und die bisherigen Mitläufer der der Vergangenheit angehörenden Fraktion der Deutschen Partei. Gegen wen richtet sich nun tatsächlich die Klage des Verkehrsministers? Nur gegen den Finanzminister? Sowohl Fritz Schäffer, der frühere Finanzminister, als auch Dr. Etzel, der heutige Finanzminister, gehören der CDU/CSU an. Der Bundeskanzler, der vor drei Jahren die oben zitierte beruhigende Erklärung abgab, ist der Vorsitzende der CDU im ganzen Bundesgebiet. Unverändert verfügt die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag über die absolute Mehrheit.

Hat die Bundesregierung, hat ihre Mehrheit in den vergangenen Jahren alles getan, was zur Erfüllung des 1957 gegebenen Versprechens notwendig gewesen wäre? Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten!

Die Klage des Herrn Dr. Seeborn ist eine Anklage gegen diese Mehrheit und gegen die von ihr getragene Regierung, deren Mitglied der Verkehrsminister ist!

Wer den Verhandlungen zu den verschiedenen Haushalten bis einschließlich 1960 folgte, wer die Auswärtensatzungen um ein befriedigendes und allen Interessen Rechnung tragendes Straßenauffinanzierungsgesetz kennt, der weiß, daß die Mehrheit des Bundestages und mit ihr die

Gesamtregierung die volle Verantwortung für die katastrophale Entwicklung des deutschen Straßennetzes trifft.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in allen zurückliegenden Jahren immer wieder Wege gewiesen, um der drohenden Misere rechtzeitig zu begegnen. Umsonst! Fast alle Anträge wurden abgelehnt und selbst die Zweckbindung der erhöhten Mineralölsteuer mußte erst in harten Kämpfen zugunsten der Straßenbaufinanzierung erzwungen werden.

Noch in den Rechnungsjahren 1959 und 1960 hat die SPD versucht, ein besseres Straßenbaufinanzierungsgesetz zu erreichen. Vergeblich! Sie hat in Einzelanträgen entscheidende Verbesserungen verlangt, so in Form einer Kredithilfe an Kommunen für Unterpflasterbahnen. Sie verlangte eine entscheidende Besserstellung aller Gemeinden für Straßenbauzwecke. Vor Jahr und Tag hat sie den Bundesverkehrsminister aufgefordert, sich gegenüber dem Finanzminister und gegen die ablehnende Haltung der CDU/CSU stark zu machen. Vergeblich!

Daß Herr Dr. Seehofer heute um durch die Schuld der Regierungsparteien fehlende armselige 20 Millionen DM zur Fertigstellung der Autobahn Frankfurt-Nürnberg jammert, charakterisiert die Situation. Dr. Seehofer meint, diese 20 Millionen DM müßten durch Kredit beschafft werden. Nein, denn allein im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres 1960 lagen die Steuereingänge beim Bund und bei den Ländern mit 13 318 Millionen DM um rund 16,5 Prozent über den Steuereingängen der gleichen Monate des Vorjahres und entsprechend über den Erwartungen des Bundeshaushalts.

Die Sozialdemokraten haben gewußt, was sie wollten, als sie von der Bundestagsmehrheit verlangten, die Straßenbauansätze von der allgemeinen Kürzung freizuhalten, die zum Ausgleich des Etats beschlossen wurden. Wir werden Herrn Seehofer beim Wiederzusehnen zum Bundestage zur Sicherung der Restfinanzierung der Autobahn Frankfurt-Nürnberg helfen, wenn die Regierung bis dahin nicht selbst den Weg dazu gefunden hat.

## Schöne Sprüche ersetzen keine Lebensmittel

Von Wolfgang Koch

Anfang August 1945 wurde im Potsdamer Schloss Cecilienhof von den Großen Drei jenes Abkommen unterzeichnet, das fortan als das "Potsdamer Abkommen" bezeichnet worden ist. Und dieses Abkommen zwischen den Dreien vor 15 Jahren war eher der Schlusspunkt alliierter Kriegszielpolitik als der Beginn eines wahren Friedens, zumindest für Deutschland. Denn als diese damals Großen Drei Truman, Churchill bzw. Attlee und Stalin in diesen Augusttagen zusammensaßen, da war die "Gruppe Ulbricht" nach vorher in Moskau genau festgelegten Plänen längst an die Installation jenes Gebildes gegangen, das sich damals noch offiziell sowjetische Besatzungszone nannte und sich seit Jahren selbst "Deutsche Demokratische Republik" nennt.

Die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen Teil war sicher nicht im Potsdamer Abkommen vorgesehen, allein dieses Abkommen war nicht geeignet, die sowjetischen Ambitionen auf diese Spaltung zu verhindern.

Seit jener Unterzeichnung sind nunmehr 15 Jahre vergangen, seit jenem Jahr 1945 ist der Krieg 15 Jahre zu Ende. Nach der schlimmen Zeit des Hungers und der Kälte ist hier im westlichen Teil der Schrecken der vierziger Jahre fast im Vergessenheit geraten, und abgesehen vom weltpolitischen Grollen bald am Horizont, bald über uns - es ist das Empfinden vorherrschend, dass wir in einer wohlwundenden Friedenszeit leben. Es wird Geld verdient - und es wird Gold ausgegeben. Nicht wenige sprechen von einem Wunder, einem Wirtschaftswunder. Wenn man Krisen politischer Art nicht unbedingt für ausgeschlossen hält, Krisen in der Versorgung der Bevölkerung jedoch hält man für absurd.

Im östlichen, von Ulbricht beherrschten Teil Deutschlands geschieht man dieser Tage auch des Abschlusses in Potsdam vor 15 Jahren, zur selben Zeit, in der 15 Jahre nach Beendigung des Krieges dieser Teil von einer schweren Versorgungskrise geschüttelt wird und jeder Tag neue eigene Eingeständnisse dieser Krise bringt. 15 Jahre nach dem Krieg, wir haben an gleicher Stelle schon vor Wochen auf diese zu erwartende Krise hingewiesen und forderten mit Bangen zur Aufmerksamkeit, "wie das da drüben im Osten weitergehen wird". In der Zwischenzeit sind die Berichte geradezu bestürzend geworden. Nicht nur die etwa von Zonenreisenden, auch die der ostzonalen Kreisblätter, von denen man glaubt, sie würden hier im Gegensatz zu den Ost-Berliner Zeitungen, nicht verfolgt und beachtet. Hier nur eine kleine Auslese:

Da schreibt das "Freie Wort" in Suhl: "Recht unregelmäßig und im Höchstfall wöchentlich einmal erhalten die Konsum-Verkaufsstellen quantitativ völlig unzureichende Mengen Gemüse, die innerhalb kürzester Frist verkauft sind und bei weitem nicht zur Deckung

des Bedarfes ausreichen." Tagelang hat es überhaupt kein Gemüse gegeben.

Die "Lausitzer Rundschau" beklagt, dass zu wenig Fleisch und sehr wenig Würstsorten angeboten werden. "In vielen Verkaufsstellen ist bessere Wurst meist schon mittags ausverkauft!"

Die "Ostsee-Zeitung" in Rostock lässt einen Leser zu Wort kommen, der sich beklagt, dass es am Vormittag in Reutershagen kein Brot gibt. "Die Verkäuferinnen führen schon Weitzstänze auf, weil sie die Fragen der Kunden, wann endlich das Brot eintrifft, nur mit einem Schulterzucken beantworten können!" Die Versorgungs-krise hat vielerorts nicht einmal vor Brot und Kartoffeln Halt gemacht.

Die Zerbster "Volksstimme" berichtet von der Kartoffelknappheit - Kartoffeln gibt es ja drüben immer noch auf Marken - und schreibt dann: "Oft fragen die Hausfrauen vergeblich nach Butter, Zucker, und anderen wichtigen Lebensmitteln."

Eine weitere "Volksstimme", die aus Chemnitz, Lokalausgabe Glauchau, schreibt: "Der Bezug von Obst zum Backen von Obstkuchen vom Einzelhandel ist unzulässig, da das Obst vor allem für unsere Kinder bestimmt ist und über den Ladentisch verkauft werden soll." über - nicht unter dem Ladentisch!

Wir könnten die Reihe solcher Misere-Berichte lange fortsetzen, sie interessieren hier nur, weil sie das eigene Dasein einer entsetzlichen Versorgungskrise sind. Es gibt genügend Berichte, die viel drastischer, für den Bundesbürger einfach unvorstellbar sind. Da gab es in Stralsund (!) schon einmal Heringe. Die Hausfrauen kauften, was sie kriegen konnten. Sie sahen auch in den Kisten schön aus, die Heringe. Zu Hause stellte sich heraus, dass sie bereits völlig zergangen und unverwertbar waren. Fragen wir diese Frauen, warum sie eigentlich diese Heringe kauften, warum sie nach halbverdorbenen Kohlköpfen und anderem lange stehen, dann bekommt man zur Antwort: "Man muß eben zugreifen, wenn es gerade mal etwas gibt!"

Aber heute noch steht täglich in den Zeitungen: die "ökono-mische Hauptaufgabe" sei, die Bundesrepublik bis Ende nächsten Jahres in der Produktion von Nahrungsmitteln und Konsumgütern einzuholen, sogar zu überholen. Die Zenonbewohner schütteln nur den Kopf über solche Sprüche. Aber kann man noch den Kopf schütteln, wenn täglich in den Zeitungen große Gemüsekörbe mit allen erden-lichen lockeren Sachen und dem Slogan "Gemüse spendet Lebenskraft!" abgebildet sind, während es heute geradezu ein Glücksfall ist, wenn in den Läden - besser in einem Laden - einmal vergammelte Kohlköpfe angeboten werden?

Wenn es allein die Lebensmittel wären, vielleicht nur das Ge-müse! Aber wir lesen von Mangel an Brot, an Fleisch und Wurst, we-anders an Obst und eigentlich überall vom Mangel an den "tausend kleinen Dingen". Das geht bei den Nägeln und Reißzwecken los.

Kleiderbügel, Mülleimer, Elektrostecker, Antennenkabel, Sicherheitsnadeln, Zwirn, Kehrrechteaufeln, Fluorsteine, überall fehlt es da. Es klingt irgendwie irr, wenn man liest, dass oftmals die begehrten Waren da sind, es gibt aber kein Personal, diese Waren auszupacken. Wir lesen in einer anderen Zeitung, dass bei der Grosshandels-gesellschaft Textilwaren in Eberswalde 3332 Pakete und 1030 Kisten ungeöffnet herumstehen. Vielleicht enthalten sie Sommerstoffe und -kleider, vielleicht Badeanzüge oder Skianzüge vom vorigen Jahr. Wer weiß das schon!

Die "Mitteldeutschen Feuesten Nachrichten" berichten, dass auch medizin-technische Material Mangelware ist und große Qualitätsmängel aufweist. Nach Angaben dieses Blattes hat sich der Chirurgenarzt der Leipziger Poliklinik Südwest über die schlechte Qualität von Spritzen und Ampullen beklagt. Das häufige Zerbrechen von Ampullen beim Aufschneiden liege eindeutig an schlechtem Material.

Stollen wir ganz objektiv fest: noch hungert die Zonenbevölkerung nicht. Sie erhält nichts, was sie gerade kaufen möchte, sie hat Ärger und Verdruß. Großen Ärger und grossen Verdruß. Sie vergeudet Stunden am Tage um überhaupt etwas zu bekommen, sie braucht noch 15 Jahre nach dem Krieg den Riecher dafür, wo es gerade eben irgendetwas Verwertbares zu kaufen gibt. Denken wir doch daran, daß die Korn- und Getreidekammer Deutschlands seit eh und je nicht im Westen, sondern im Osten lag! Stellt sich nicht einfach die Frage, warum kloppt das nicht und warum das auch auf lange Zeit nicht klappen wird mit der Versorgung?

Es ist im entscheidenden Maße die überzentralisierte Bürokratie, die viel zu unbeweglich, zu starr ist, um jeweils "schalten" zu können. Im Osten regiert der "Plan", der immer wieder aufgestellt wird, der niemals erfüllt wurde und auf diese Weise auch niemals erfüllt werden wird.

Wir lesen, daß im Obertrach Gemüse massenweise verfaßt. Das Wetter hat eine vorzeitige Ernte notwendig gemacht, und der städtische Großhandel hatte weder Arbeitskräfte noch Transportmittel. Sie waren nicht "eingepflanzt" um diese Zeit. Glaubt man, das Wetter und andere Inponderabilien irgendwenn und irgendwie "eingelassen" zu können? Solange man das glaubt, wird das Einkufen für die Hausfrau eben ein unerfüllliches Lotte bleiben. Es kann aber und wird dem Konsecher nie gleichgültig sein, ob er Käse anstatt Gurken, Radieschen für Wirsingkohl, oder einen Fußbretter anstatt einer Antennensekure angeboten bekommt. Und mit Parolen werden die Bedürfnisse - schon gar nicht 15 Jahre nach dem Krieg - bestimmt nicht gestillt. Sie crachten keine Lebensmittel.

Wieder einmal hat die Bundesrepublik zur Linderung der Versorgungsnot Hilfe mit Lebensmitteln angeboten. Diesmal hat Ulbricht nicht sofort höhnisch abgelehnt. Erst nach über einer Woche versuchte er die westliche Hilfsbereitschaft lächerlich zu machen, obwohl er die Krise persönlich eingestand. Weiß Ulbricht, dass diese augenblickliche Misere - eine Misere fast des ganzen Ostblocks - erst der Anfang einer sich ausweitenden Krise ist? Einer Krise, die besonders auf Grund der Zwangskollektivierung in der Zone noch steigen kann? Hat er Angst vor den Menschen in der Schlinge, die nach dem besseren Leben ansetzen und die immer wieder und immer hoffnungsloser von ihm und seiner Politik enttäuscht werden?

Vor 15 Jahren wurde das Potsdamer Abkommen unterzeichnet. Darin steht etwas von der Wirtschaftseinheit und zentralen Verwaltungsstelle in Deutschland. Ulbricht und Moskau haben sie nie gewollt, sie sind ihre eigenen Wege gegangen, die kommunistischen. Die Belasttragenden sind unsere Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, die das Fecht hatten, in Thüringen, Mecklenburg, Sachsen geboren zu sein und dort bleiben zu müssen. Und nun geht es. Heute mehr denn je!

Begrüßt sie freudig - die "Polaris"!

sp - Es ist noch nicht gar so lange her, seit der Bundeskanzler die Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen mit der Begründung einleitete, bei den Atombomben handele es sich in Grunde nur um die "Weiterentwicklung der Artillerie". Wer sich an diese Formulierung noch erinnert und nun das regierungsamtliche "Bulletin" Nr. 143 vom 4. August 1960 liest, mag wohl ähnliche Parallelen ziehen. Dort nämlich ist nachzulesen, dass die "Polaris"-Rakete "weitgehend ein Ersatz von technisch überholten Flugzeugen, also eine strategische Weiterentwicklung und keine absolute Neuheit" sei. Aber es finden sich in dem Beitrag des "Bulletin" noch einige andere Wandungen, die ein merkwürdiges Licht auf die Versicherungen des Bundesverteidigungsministers werfen, er plane die Ausrüstung der Bundeswehr mit Polaris-Mittelstreckenkörpern nicht. Diese Rakete, so kann man im amtlichen Mitteilungsblatt der Bundesregierung lesen, trage einwandfrei defensiven Charakter, und diese Charakterisierung soll ganz offensichtlich besagen, dass sie mit hin auch der Bundeswehr zugänglich sei. Aber mehr noch: "stätt die Polaris-Rakete mit Misstrauen aufzunehmen, sollte man sie als Garantie des Friedens und der Freiheit begrüßen", steht es im "Bulletin", und da sich dieses Blatt an deutsche Leser wendet, ist die Aufforderung zur Begrüßung der Polaris-Rakete schwer anders zu verstehen, denn als vorbereitender Appell der Bundesregierung an die deutsche Öffentlichkeit. Man hat in den vergangenen Jahren oft genug erlebt, dass die Bundesregierung entscheidende Massnahmen auf den verschiedensten Gebieten der Politik einleitete, indem sie ihr "Bulletin" benutzte, um die Öffentlichkeit sachte auf einsame Beschlüsse vorzubereiten. Diese Erfahrung und das Zwielicht, das die Regierung auf ihre "Polaris"-Ambitionen gelegt hat, machen es dringlich, dass der Bundesverteidigungsminister sofort und unmissverständlich erklärt, was nun wirklich in Sachen "Polaris" geplant ist.

+ + +

Ein merkwürdiger Vorschlag

sp - In der Bundesrepublik gibt es glücklicherweise kaum noch Meinungsverschiedenheiten darüber, dass ernsthafte Anstrengungen gemacht werden sollten, um die Hilfe für Entwicklungsländer zu intensivieren. In der Tat liegt hier ein weitpolitisches Erfordernis vor, - von allen moralischen Aspekten dieser Frage abgesehen - dem sich die Bundesrepublik nicht entziehen darf. Freilich gehen die Ansichten darüber auseinander, woher das Geld genommen werden soll, das für die Aufstockung der Entwicklungshilfe erforderlich ist. Es gibt, was diese Frage betrifft, eine Menge Vorschläge; gute und weniger gute. Aber nun kommt aus den Reihen der Industrie ein Rat, der den Rahmen dessen sprengt, was man eine sachliche und klärende Diskussion nennen könnte. Er besagt, künftig solle jeder Bundesrepublikaner pro Monat eine Mark Entwicklungssteuer zahlen. - Der Lohndarbeiter mithin zahlt fast soviel wie der Generaldirektor? Und die Witwe mit ihren Kindern hilft im gleichen Maße wie der Industriekapitän? Der schwerverletzte Arbeiter - es gibt ihn sogar in Bonn noch - wird ebenso zur Entwicklungssteuer herangezogen wie der Grossaktionär von Deutscher-Benz? - Wirklich: Dieser Vorschlag kann im Ernst nicht erhoben sein - er ist eiteln und allenfalls als Zeugnis dafür verwendbar, welcher Art der Geist ist, den man in gewissen Kreisen antreffen kann.

+ + +

## Frankfurt - Tradition und neues Leben

Von Oberbürgermeister Werner Beckmann

Mit einer neuen Stadt an Rande der grossen Stadt wird Frankfurt am Main einen weiteren Schritt zur Beseitigung der Wohnungsnot einleiten. Die Nordweststadt - ihren Namen erhielt sie von ihrer Lage zum Stadtzentrum - soll rund 40 000 Menschen eine neue Heimat werden. Beim Bau dieser Stadt beschreitet Frankfurt neue Wege: weder handelt es sich um eine Siedlung herkömmlichen Stils, noch um eine Trabantenstadt des heute üblichen Zuschnitts. In drei Bereiche untergliedert, die jeweils mit den notwendigen Einrichtungen versorgt sind, wird die neue Stadt sinnvoll aufgelockert. Aller Verkehr wird auf ein Zentrum geleitet, in dem sich die Miniatureity befindet: mit Geschäftshäusern, Schulen, Gemeinschaftshäusern und anderen Bauten.

Diese geplante Nordweststadt, in der übrigens Auto- und Fussgängerverkehr vollkommen voneinander getrennt sein werden, ist aber nur ein Teil der unter sozialdemokratischer Leitung in Frankfurt betriebenen und beabsichtigten Massnahmen.

Bei Ende des Krieges bedeckten über zwölf Millionen Kubikmeter Trümmerschutt das Antlitz der Stadt. Seit jener Zeit wurden fast 120 000 Wohnungen bebaut, das sind mehr als bei Kriegsende überhaupt noch bewohnbar waren. Wirtschafts- und Industriesiedlung, begünstigt freilich durch die hervorragende geographische Lage, führten zusammen mit solchen Erfolgen dazu, dass die Bevölkerungszahl von nur 230 000 bei Kriegsende auf fast 670 000 anstieg und damit auch die Vorkriegszeit weit überholte.

Die Stadt erhielt ein neues Gesicht. Die City ist das pulsierende Herz, die einzelnen Stadtteile und neuen Siedlungen der wohlgeformte Körper. Frankfurt verzichtete darauf, unwiederbringlich zerstörtes zu kopieren. Mit Sinn für die Tradition bewahrte man, was wert war, erhalten zu bleiben. Sonst aber wurde kühn Neues geschaffen. Die enge Altstadt musste freundlichen Wohnbauten weichen. Zerstörte Wohnviertel machten hellen Neubauten Platz.

Dieses neue Gesicht wird aber auch mitbestimmt durch einige spezifische Frankfurter Einrichtungen. Für die Jugend - und hier vor allem für die "Teenager" - wurden sechs "Häuser der offenen Tür" geschaffen. Mehrere Gemeinschaftshäuser geben den Erwachsenen die Möglichkeit zu sinnvoller Freizeitgestaltung. Das Altersheim, früher oft von geradezu abschreckendem Ruf, machte intim gestalteten Altenwohnungen oder Altenwohnheimen Platz. Zahlen sind zwar immer nüchtern, aber in der Zahl von 200 Kinderspielplätzen im Stadtgebiet schwingt soviel freundliches Lachen und Toben mit, dass ein Begriff lebendig werden kann. Und auch hier geht die Stadt neue Wege: Große Spielparke, mitten im Wald gelegen, weisen in die Zukunft.

Kranke Menschen haben ein besonderes Anrecht auf Hilfe der Gemeinschaft. Zu wenig Krankenbetten, das war das Erbe des Krieges und die Frucht der ständig zunehmenden Bevölkerungsziffer. Den Wettlauf mit dem Anwachsen der Einwohnerzahl hat die Stadt fast gewonnen.



Nur noch kurze Zeit, und jeder Bürger kann beruhigt ins Krankenhaus gehen. Zwei neue Krankenhäuser konnten vor nicht allzu langer Zeit eingeweiht werden, in den letzten sechs Jahren wurden 2100 Krankbetten neu bereitgestellt. Bei Kriegsende gab es 3 300 Krankbetten, heute sind es rund 8 000, in drei bis vier Jahren sollen es 9 000 sein. Für den Ausbau der Stadt- und Universitätskliniken werden in den nächsten Jahren über 100 Millionen DM ausgegeben. Nur ein Teil der Gesamtsumme für das Krankenhauswesen: Dauerzuschüsse und Finanzhilfe für andere Neubauten kommen hinzu.

Über 130 Millionen Mark hat die Stadt bisher mit Unterstützung des Landes Hessen für den Schulbau ausgegeben. 41 Schulen wurden wiederaufgebaut oder erweitert, 24 Schulen außerdem neu gebaut. 33 Turnhallen sind gebaut worden, vierzehn befinden sich in Bau und 30 sind für die nächsten fünf Jahre geplant. Dass aus diesen Schulen auffrige Luft verschwunden ist, versteht sich von selbst. Es gibt keinen Unterschied nach Konfessionen. Moderne Hilfsmittel und gut geschulte Pädagogen sorgen für eine bessere Bildung. Um dem Lehrermangel zu begegnen, hat die Stadt auf eigene Rechnung zusätzlich Lehrer eingestellt, obgleich dies eigentlich Sache des Staates wäre.

Mit einem neuen grossen Hallenschwimmbad, dem Ausbau der Freibäder, der Planung eines weiteren Hallenbades kommen Frankfurter Wasserretten auf ihre Kosten. Der Bau einer grossen Theaterdecksanlage, in der Oper und Schauspiel ein zweckmässig-modernes Heim finden, wurde begonnen.

Ein Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek steht bevor. Nachdem die Stadt im Wohnungsbau viel geleistet hat, zum Beispiel auch durch Sonderprogramme für jung verheiratete Ehepaare, und nachdem ihre wirtschaftliche Zukunft gesichert erscheint, kommt jetzt die Kultur zu ihrem Recht.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel